

## VStÖ empört über Pläne zur Unireform

Utl.: Ministerin Gehrler beschimpft Mittelbauvertreter als Lobbyist =

Wien (SK) Der Verband sozialistischer Studentinnen und Studenten (VStÖ) zeigt sich entsetzt über die Art und Weise, in der die Entlassung der Universitäten in die Vollrechtsfähigkeit diskutiert wird. Als aktueller Grund dafür wird die am Montag, 4.12., stattgefundene Diskussion "Österreichs Universitäten im Wettbewerb" im Haus der Industriellenvereinigung genannt. Am Podium saßen Vertreter der Industriellenvereinigung, der Vorsitzende der Rektorenkonferenz, Georg Winckler, sowie Bildungsministerin Gehrler. Die Ministerin, die in ihrem Referat vorgab, eine breite Diskussion führen zu wollen, beschimpfte einen Vertreter des Mittelbaus, der aus dem Publikum heraus Kritik an ihren Vorschlägen anmerkte, wörtlich als "Lobbyist". \*\*\*\*

"Während die Ministerin, Rektor Winckler und Vertreter der Industriellenvereinigung von der Kanzel herab die möglichst rasche Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Universitäten predigen, werden maßgeblich davon betroffene Personen mit einer unglaublichen Präpotenz zum Schweigen gebracht. Reinhard Folk, den Vorsitzenden der Bundeskonferenz des universitären Mittelbaus als 'Lobbyist' abzukanzeln und dabei vorzugeben, eine breite Diskussion führen zu wollen, ist eine Frechheit.", empört sich Andrea Mautz, die hochschulpolitische Sprecherin des VStÖ. "Die Universitätsreform wird ausschließlich vom Ministerium, den Rektoren und der Industriellenvereinigung gemacht."

7 Kernpunkte für die Universitätsreform der IV zurückgewiesen

Das von der Industriellenvereinigung vorgestellte Papier zur Universitätsreform, das bei der Veranstaltung zwar diskutiert, dem Publikum aber erst auf Nachfrage ausgehändigt wurde, weist der VStÖ strengstens zurück. "Darin geht es ausschließlich darum, für die Wirtschaft möglichst profitablen Output aus den Universitäten heraus zu quetschen. Unis werden Betriebe, Studierende zu Kunden, die weder Kritikfähigkeit lernen oder gesellschaftspolitische Zusammenhänge herstellen, noch mitbestimmen können. Darüber hinaus ist ganz klar festgehalten, dass Studiengebühren als integraler Bestandteil einer solchen Universität gelten. Der VStÖ verwehrt sich dagegen und gegen

diese Form der Diskussion", so Mautz. (Schluss) ps/mp

Rückfragehinweis: Answer Lang (0664/52 85 190)

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Tel.: 01/53427-275

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0213 2000-12-04/13:37

041337 Dez 00

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20001204\\_OTS0213](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20001204_OTS0213)